



**FORSCHUNGSSTELLE FÜR UMWELTPOLITIK**

Freie Universität Berlin

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

FFU-report 05-2002

**Forschungsstelle  
für Umweltpolitik**

**Initiative für Klimaschutz  
und Beschäftigung  
in Berlin-Brandenburg**

Margit Gustiné  
Lutz Mez  
Michael Vogelsang

**ffu**

*Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung  
Referat Betrieblicher Arbeits- und Umweltschutz*

*Aktualisierung der Konzeptstudie in Bezug auf die Umsetzung  
**Schlussbericht** (August 2002)*

*Korrespondenzadresse:  
umwelt1@zedat.fu-berlin.de*

Projektleitung:

PD Dr. Lutz Mez (*Forschungsstelle für Umweltpolitik*)

Bearbeitung:

Dipl.-Ing. Margit Gustiné (*Energie & Arbeit e.V.*)

Dipl.-Ing. Michael Vogelsang (*Energie & Arbeit e.V.*)



**FORSCHUNGSSTELLE FÜR UMWELTPOLITIK**

Freie Universität Berlin

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

**Ihnestr. 22  
14195 Berlin**

**telefon** +49-30-838 566 87  
**fax** +49-30-838 566 85  
**email** ffu@zedat.fu-berlin.de  
**internet** www.fu-berlin.de/ffu/

# Inhalt

0	Auftrag, Ziele.....	1
1	Partner der Initiative.....	2
2	Darstellung der Ausgangssituation .....	3
2.1	Politische Zielvorstellungen .....	3
2.1.1	Koalitionsvereinbarung Berlin .....	3
2.1.2	Landesenergiekonzept und Koalitionsvereinbarung Brandenburg .....	3
2.2	Situation des Gebäudebestandes in Berlin-Brandenburg.....	5
2.2.1	Wohnungen.....	5
2.2.2	Potenziale der Energieeinsparung und CO <sub>2</sub> -Minderung .....	6
2.2.3	Öffentliche Liegenschaften.....	6
2.3	Arbeitmarktsituation in Berlin-Brandenburg .....	6
2.4	Beschäftigungseffekte der Initiative .....	7
3	Auswertung von Musterprojekten.....	8
3.1	Musterprojekte in Berlin.....	8
3.1.1	Projekt KEBAB.....	8
3.1.2	Komplexe Modernisierungsmaßnahmen der Genossenschaft Merkur.....	8
3.1.3	Energieeinsparung Bezirk Charlottenburg .....	9
3.1.4	Feinanalyse und energetische Optimierung an 13 Schulen .....	9
3.2	Musterprojekte in Brandenburg .....	10
3.2.1	Energieberatungsprojekt für kleine Kommunen .....	10
3.2.2	Solaranlagen auf industriell gefertigten Wohngebäuden.....	10
3.3	Schlussfolgerungen für die Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung.....	10
4	Finanzierung und Förderung.....	11
4.1	Förderung für den Gebäudebestand in Berlin. ....	11
4.2	Förderung für den Gebäudebestand in Brandenburg.....	11
4.3	Kreditprogramme der KfW.....	11
4.4	Förderungsprogramme der EU.....	12
4.5	Sponsoring durch die Bauindustrie.....	12
4.6	Förderung Arbeit .....	12
4.7	Vorschläge und Forderungen.....	13
5	Bisherige Aktivitäten und Ergebnisse der Initiative .....	15
5.1	Kontakte mit Bündnispartnern .....	15
5.2	Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit.....	15
5.2.1	Veranstaltung auf den Berliner Energietagen am 15. Mai 2002 .....	15
5.2.2	Parlamentarischer Abend.....	15
5.2.3	Berliner Innovations-Kreis der IG Metall.....	15
5.2.4	Seminar in der Uckermark .....	16
5.2.5	Vorstellung bei der LAG Energie Berlin/Brandenburg .....	16
5.3	Aktivitäten zur Initiierung von Projekten .....	16
5.3.1	Vorgehensweise und Kontakte .....	16
5.3.2	Projektdatei .....	17
6	Weitere Schritte zur Umsetzung der Initiative .....	20
	Quellenverzeichnis.....	21



## 0 Auftrag, Ziele

In Kooperation mit dem Verein Energie und Arbeit e.V. hat der DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, eine Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung ins Leben gerufen, die in einem Workshop im Rahmen der Berliner Energietage 2002 erstmals vorgestellt wurde.

Die Initiative will die Ergebnisse des bundesweiten Bündnisses für Arbeit und Umwelt auf Landesebene umsetzen und neue Arbeitsplätze in der Region schaffen. Insbesondere im Bestand der Wohngebäude und öffentlichen Liegenschaften sind noch immer erhebliche Potenziale zur Energieeinsparung vorhanden, die durch energetische Modernisierungsmaßnahmen erschlossen werden können. Damit können vor allem auf dem Bau-sektor Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden. Gleichzeitig wird ein Beitrag zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Austoßes entsprechend den Zielsetzungen der Landesenergieprogramme beider Länder geleistet.

Durch die Initiative soll die Kooperation von politischen Entscheidungsträgern, Kammern und Verbänden gefördert werden um Hemmnisse zu beseitigen und die Durchführung von innovativen Projekten zur Energieeinsparung zu erleichtern. Gleichzeitig sollen Projekte initiiert, entwickelt und mit der entsprechenden Unterstützung auf den Weg gebracht werden.

Als Grundlage für die Gründung der Initiative wurden durch Energie und Arbeit die Rahmenbedingungen und Einsparungspotenziale im Rahmen einer Vorstudie recherchiert. In Fortsetzung dieser Studie hat die Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung die vorliegende Arbeitsgrundlage für die Umsetzung der Initiative erarbeitet.

## 1 Partner der Initiative

Als Grundlage für die Umsetzung der Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung soll ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Verbänden, Kammern und Vertretern aus Politik und Verwaltung entstehen, das die Rahmenbedingungen für die Durchführung von Projekten des Klimaschutzes und der Beschäftigungsförderung sichert und diese unterstützt.

Um die möglichen Partner der Initiative anzusprechen wurden durch den DGB Berlin-Brandenburg in einem ersten Schritt Verbände, Kammern und Gewerkschaften

angeschrieben. In einem zweiten Schritt sollen Vertreter aus Politik und Verwaltung kontaktiert werden.

In der Anlage zu diesem Schreiben sind erste Vorschläge für mögliche Beiträge der Partner zur Initiative formuliert, die in Einzelgesprächen abgestimmt und konkretisiert werden sollen. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden in einer Plattform zusammengefasst, die anlässlich eines Gründungstreffens der Initiative unterzeichnet werden soll.

Partner der Initiative	Beitrag zur Initiative (Vorschlag)
<b>DGB Bezirk Berlin-Brandenburg</b>  IG Bauen-Agrar-Umwelt Bezirksverband Berlin IG Bauen-Agrar-Umwelt Bezirksverband Mark Brandenburg IG Metall Bezirk Brandenburg-Sachsen ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Berlin-Brandenburg IG BCE Landesbezirk Nordost	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ansbuch und Koordination der Initiative</li> <li>• Kontaktaufnahme zu Partnern</li> <li>• Unterstützung gewerkschaftlicher Projekte</li> <li>• Unterstützung und Initiierung gewerkschaftlicher Projekte im Baubereich</li> <li>• Initiierung und Unterstützung von Projekten</li> <li>• Unterstützung von Investitionen im Bereich öffentlicher Liegenschaften</li> <li>• Initiierung und Unterstützung von Projekten</li> </ul>
<b>Vertreter der Wohnungswirtschaft</b> BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen Landesverband Freier Wohnungsunternehmen Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine Landesverband der Haus- und Grundeigentümer - Vereine Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung von Projekten der Verbandsmitglieder zur Energieeinsparung</li> <li>• Qualifizierung der Verbandsmitglieder im energetischen Bereich</li> <li>• Durchführung von Benchmarkingverfahren zu energetischen Kennzahlen</li> <li>• Informationsvermittlung an die Verbandsmitglieder</li> </ul>
<b>Fachgemeinschaft Bau</b> <b>Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V.</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Modellprojekte in Public-Private-Partnership</li> <li>• Bereitstellung von Arbeitskräften</li> <li>• Qualifizierung, Information und Schulung der Mitgliedsunternehmen</li> <li>• Unterstützung fachlich qualifizierter Arbeit im Bereich der energetischen Modernisierung</li> </ul>
<b>Architekten und Ingenieure</b> Architektenkammer Berlin-Brandenburg Baukammer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualifizierung von Architekten und Ingenieuren,</li> <li>• Beratung von Bauherren im Bereich der Energieeinsparung</li> <li>• Vermittlung von Know-how in der Planung energetischer Sanierungsmaßnahmen</li> </ul>
<b>Handwerk</b> Handwerkskammer Berlin Handwerkskammern Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder  Industrie- und Handelskammer zu Berlin Industrie- und Handelskammer Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualifizierung von Handwerkern</li> <li>• Bereitstellung von Fachfirmen für qualifizierte Durchführung von Energieeinsparungsmaßnahmen</li> <li>• Initialberatung von Bauherren,</li> <li>• Herstellen von Kundenkontakten, Qualitätssicherung</li> <li>• Qualifizierung von Mitgliedsunternehmen</li> <li>• Unterstützung von Projekten der Mitgliedsunternehmen</li> <li>• Information und Kontaktherstellung in Bezug auf Finanzierung und Förderung</li> </ul>

## 2 Darstellung der Ausgangssituation

### 2.1 Politische Zielvorstellungen

#### 2.1.1 Koalitionsvereinbarung Berlin

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS vom Januar 2002 bietet zahlreiche Ansatzpunkte für eine „Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung“, insbesondere in den Abschnitten Wirtschaft, Arbeit und Stadtentwicklung:

- das Ziel die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 % pro Einwohner (bezogen auf 1990) zu reduzieren, wird weiterverfolgt
- das Landesenergieprogramm wird als Berliner Klimaschutzprogramm umgesetzt und weiterentwickelt
- die Energiepolitik des Landes ist darauf gerichtet, Energieeinsparungsmöglichkeiten umzusetzen, den Primärenergieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu verbessern, regenerative Energieerzeugung zu fördern
- die Programme „Energiesparpartnerschaften“ und „50:50“ werden fortgeführt und ausgeweitet
- das Facility-Management für öffentliche Gebäude und Einrichtungen wird um ein Umweltmanagement ergänzt, dabei soll für alle in öffentlicher Nutzung befindlichen Gebäude ein Energiecheck durchgeführt werden.

Der Senat unterstützt das ökologische Bauen, bestehende Fördermöglichkeiten sollen effizienter genutzt und die Information für private Bauherren verbessert werden.

#### 2.1.2 Landesenergiekonzept und Koalitionsvereinbarung Brandenburg

Gemäß Koalitionsvereinbarung von 1999 für die 3. Wahlperiode verfolgt das Land langfristig eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen entsprechend den internationalen Verpflichtungen, die Deutschland eingegangen ist. Die Koalition will das Energiekonzept von 1996 weiterhin umsetzen. Laut Energiekonzept sollten dazu ursprünglich die CO<sub>2</sub>-Emissionen überproportional um 42 % gegenüber 1990 gesenkt werden. In der Fortschreibung werden etwa 30 % als realistisch angesehen. Die Verantwortung für Energie ist den jeweiligen Fachressorts belassen und nicht zentralisiert.

Brandenburg versteht sich als energieerzeugendes und –exportierendes Land, dessen Ressourcen vor allem

Um die knappen öffentlichen Mittel effizienter einzusetzen sollen Bundes- und Europafördermittel der Städtebauförderung und des Europäischen Regionalfonds voll ausgeschöpft und entsprechend den Haushaltsmöglichkeiten kofinanziert werden.

Die Arbeitsmarktpolitik zielt auf eine Neukonzeption des Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms und auf Weiterbildung im Sinne des Job- AQTIV- Gesetzes.

- ABM und SAM sollen verstärkt auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet werden
- technische und finanzielle Hilfen sollen für freie Träger die Einwerbung nationaler und internationaler Programmtitel erleichtern
- die Förderinstrumente von Bundesanstalt für Arbeit, EU und des Landes Berlin sollen besser aufeinander abgestimmt werden.
- das Land Berlin entwickelt die politische Initiative zu einem Berlin-Brandenburger „Qualifizierungsfonds“, der von den Tarifpartnern, den Ländern und anderen getragen wird
- das Qualifikationsniveau insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen soll angehoben werden. Hierzu dient der Aufbau von „Lernzeitkonten“ und die Vergabe von „Qualifizierungsgutscheinen“.

Die Wirtschaftsförderung soll stärker mit Zielen der Nachhaltigkeit verknüpft werden.

Braunkohle, Windenergie und zunehmend Biomasse sind. Diese seien in ausgewogenen Strukturen und im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu nutzen. Bis zum Jahr 2010 sollen 5 % des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energie gewonnen werden.

Die Koalitionsvereinbarung macht folglich unter dem Stichwort Energiepolitik Aussagen zum Festhalten an dem Energiekonzept, zur Sicherung und Modernisierung der Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung, zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Biomasseverwendung im strukturschwachen, ländlichen Raum sowie zur Sicherung und Entwicklung der Stadtwerke und zur Förderung der

Energieforschung und technologischen Erneuerung (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung). Weitere damit verbundene Zielformulierungen betreffen Stadterhaltung, Stadt-sanierung und Modernisierung von Wohnquartieren, die Bauwirtschaft, die Wirtschaftsförderung sowie Fördermaßnahmen bei Berufsausbildung und Arbeitsmarktpolitik. Die Energiepolitik ist eingebettet in das Landesinnovationskonzept.

Die Einsparung von Energie wird eben so wenig explizit erwähnt wie der Klimaschutz als Teil des Umweltschutzes und gerät daher leicht aus dem Focus des politischen Handelns. Auf der Sachebene wurden allerdings beachtliche Effizienzverbesserungen in der Braunkohleverstromung, im Ausbau der Windenergie und in der Brennstoffumstellung der Heizanlagen von Kohle auf Gas erreicht.

Das Energiekonzept des Landes aus dem Jahr 1996 wurde von der Prognos AG in 2000 aktualisiert. Es beinhaltet das Fazit, dass die angestrebten Ziele mit den bislang genutzten Werkzeugen nur unvollständig erreicht werden. Z. B. werden die erreichten Einsparungen durch Sanierung bestehender Wohngebäude durch unerwartet hohe Neubauraten und zu schlechte Dämmstandards wieder aufgezehrt. Private Eigentümer werden von der Landesförderung mangels entsprechender Programme nicht erreicht und im Neubau wird der Niedrigenergiestandard nur in seltenen Fällen (anstatt überwiegend) realisiert. Im Bereich der öffentlichen Bauten konnten kommunale Energiebeauftragte nur in wenigen Gemeinden installiert werden und der Einsatz von Energiemanagement-Systemen erfolgt schleppend. Die angestrebte Vorbild-Funktion der öffentlichen Verwaltung kommt nicht bzw. nicht ausreichend zum Tragen.

Bei der Fortschreibung des Energiekonzeptes sieht man sich vor der Tatsache, dass die Primärenergieverbräuche und CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1993 nicht mehr sinken und seit 1998 wieder steigen – hauptsächlich verursacht durch den hohen Anteil der Braunkohleverstromung, ungenügenden Wärmeschutz im Gebäudebestand, einen überdurchschnittlich hohen Anteil energieintensiven produzierenden Gewerbes und die Verkehrsentwicklung. Die Haushalte sollen gegen diesen Trend um 10 % sparsamer werden. Die Landesfinanzen lassen keinerlei massenwirksame Förderprogramme zu, vielmehr leidet sogar der normale Vollzug an der Haushaltssituation. Folglich reduziert man die Ziel-

größen und versucht Stützungsstrukturen, Netzwerke und PR-Programme in Gang zu setzen sowie Forschung und Entwicklung zu strukturieren.

Die im Juni 2002 vom Kabinett beschlossene Energiestrategie 2010 enthält folgende Ziele, Vorhaben und Instrumente für den Gebäudebereich und den Einsatz nachwachsender Brennstoffe:

- Umfassende Modernisierung und Sanierung im Gebäudebestand, wobei die Energieeffizienz über den Standard der gesetzlichen Anforderungen hinaus erhöht werden soll.
- Umsetzung der Energie-Einspar-Verordnung (EnEV).
- Wertschöpfung soll im Lande realisiert werden. Energiesparmassnahmen sind eine Chance für freie Berufe, Bauwirtschaft, Handwerk. Mit Hinweis auf die Leistungsfähigkeit von Hochschulen und Forschungsinstituten sollen Anlagenhersteller aller Energiesparten im Land angesiedelt werden.
- Die Landesverwaltung reduziert ihre genutzten Flächen um 30 bis 50 %, erarbeitet Gebäude-Energiekonzepte bis 2005, ermittelt Verbrauchskennwerte für Liegenschaften, und installiert ein dezentrales Energiemanagement und Facility-Management.
- Land, Kreise, Städte, Gemeinden nutzen ihre Zuständigkeiten bei der Bewirtschaftung der eigenen Gebäude, als Anteilseigner der Energieunternehmen und in der Wahrnehmung ihrer planungsrechtliche Aufgaben. Flächennutzungskonzepte orientieren auf Innenstädte, wobei energetische Belange in Bauleitplanung und Stadtumbaukonzepten eingebracht und mit Zielkennwerten im Planungsprozess bei Bau und Sanierung sowie deren Finanzierung operiert wird. Unterstützt werden sollen Modellprojekte wie Energiesparpartnerschaften, alternative Finanzierungs- und Betreibermodelle, z.B. Contracting.
- Mit der Wohnungswirtschaft werden Informationsaustausch-Systeme über Energiekennwerte und betriebswirtschaftlich effiziente Maßnahmen, Energiemanagement-Strukturen, Modellprojekte und Umsetzungsstrategien angegangen. Für private Einzelbesitzer werden Beratungskampagnen, z.B. zu erneuerbaren Energien und Spartechniken mit den Verbraucherzentralen, Kammern und dem ZAB-Beraternetz organisiert. Maßstab für Neubauten soll das 3-Literhaus sein.
- Land- und Forstwirtschaft bieten große Potenziale ungenutzter Flächen. Die Entwicklung rohstofflicher



und energetischer Biomassenutzung schafft und bindet Arbeitsplätze im ländlichen Raum und reduziert den Abfluss von Kaufkraft. Als Schwerpunkte werden Biotreibstoffe, Biogas, Energieholz und die Gewächshauswirtschaft genannt. Aus diesen Vorhaben leitet sich die Aufgabe ab, die entsprechende Anlagentechnik in bestehende Wohn- und Zweckgebäude zu integrieren.

Das Land Brandenburg unterstützt diese Arbeitsfelder durch Stützungsstrukturen und Agenturen wie

- die Transferzentren für nachwachsende Rohstoffe
- die ZAB (Zukunftsagentur Brandenburg)
- die ETI (Energie Technologie Initiative e.V.) – als Plattform für Experten und Akteure
- das Energieressourcen-Institut e.V.

## 2.2 Situation des Gebäudebestandes in Berlin-Brandenburg

### 2.2.1 Wohnungen

Laut Wohnungsstatistik Berlin-Brandenburg (Stand 1. Juli 2001) stellt sich der Wohnungsbestand wie folgt dar:

<b>Wohnungsbestand gesamt</b>		3.098.857 WE
davon Brandenburg		1.236.091 WE
Berlin		1.862.766 WE
davon Berlin-West		1.151.932 WE
Berlin- Ost		710.834 WE

Die Statistik des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, dessen Mitgliedsunternehmen 39 % des Wohnungsbestandes in der Region gehören, gibt Auskunft über den Stand der Modernisierung:

<b>Wohnungen in Berlin Ost</b>		
Seit 1990 vollständig modernisiert		48 %
teilmmodernisiert		22 %
nicht oder geringfügig modernisiert		24 %
Mod. nicht erforderlich		6 %
<b>Wohnungen im Land Brandenburg</b>		
Seit 1990 vollständig modernisiert		44 %
teilmmodernisiert		26 %
nicht oder geringfügig modernisiert		25 %
Mod. nicht erforderlich		5 %

Mit ca. 50 % bieten die nicht- oder nur teilmmodernisierten Bestände den Hauptansatzpunkt für Energiesparpotenziale im Wohnungsbestand.

In Berlin ist ein Nachholbedarf an energetischen Modernisierungsmaßnahmen im Westteil der Stadt festzustellen, insbesondere in den Siedlungen der 50er, 60er und 70er Jahre. Bereits energetisch saniert wurde im

Ostteil der Stadt ein Großteil der Wohnungen in Plattenbauten. Auch in Berlin hat der Wohnungsleerstand in den letzten 3 Jahren zugenommen (5,9 % des Wohnungsbestandes der Mitgliedsunternehmen des BBU). Besonders vom Leerstand betroffen sind unsanierte Altbauten, sodass, wenn ein Erhalt dieser Bauten geplant ist, eine energetische Sanierung zur Aufwertung des Bestandes sinnvoll ist.

Auch in Brandenburg ist ein Großteil des Bestandes an Mehrfamilienhäusern, insbesondere in Plattenbausiedlungen, bereits modernisiert. Über den Erhalt der nicht modernisierten Bestände werden im Rahmen der derzeitigen Aktivitäten zum Stadtbau Ost die Entscheidungen vorbereitet.

Brandenburg verfügt als einziges der neuen Länder noch über ein Bevölkerungswachstum durch Zuzug, das jedoch auf den „Speckgürtel“ um Berlin beschränkt ist. Angesichts der zunehmenden Problematik des Wohnungsleerstandes (Ende 2000 12,6 % des Wohnungsbestandes der Mitgliedsunternehmen des BBU in Brandenburg) ist längerfristig mit einem Rückgang des Wohnungsbestandes zu rechnen, auch wenn derzeit noch durch Neubau ein Anwachsen der Wohnungsanzahl zu verzeichnen ist.

Ansatzpunkte für eine energetische Sanierung bietet hier insbesondere der Bestand an Ein- und Zweifamilienhäusern, sowohl im Altbestand als auch bei den, allerdings schwer zu erschließenden, Neubauten. Die Gebäude wurden oft ohne ausreichenden Wärmeschutz und mit schlecht geregelter Heiztechnik modernisiert bzw. errichtet.

### 2.2.2 Potenziale der Energieeinsparung und CO<sub>2</sub>-Minderung

Die Ermittlung der Einsparpotenziale basiert auf einer Untersuchung der KEBAB gGmbH, die im Jahr 1997 die Jahresenergieverbräuche eines umfangreichen und repräsentativen Querschnitts von über 100.000 WE im Mehrfamilienwohnungsbau erhoben hat. Die ermittelten Energiekennwerte lagen in Berlin-West bei durchschnittlich 204 kWh/m<sup>2</sup>/Jahr und in Berlin-Ost bei 152 kWh/m<sup>2</sup>/Jahr. Die besseren Ergebnisse im Ostteil sind vor allem auf die erheblichen Investitionen nach 1990 zurückzuführen, die durch großzügige öffentliche Förderung des Wohnungsbestandes ausgelöst wurden.

Für die Berechnungen wurde als Sanierungsziel der nächsten Jahre die Senkung des Energieverbrauchs auf den Durchschnittswert des guten 25 %-Gesamtbestandes (Quartalsmittelwert) in Höhe von 132 kWh/m<sup>2</sup>/a genommen.

### 2.2.3 Öffentliche Liegenschaften

Weitere erhebliche Einsparungspotenziale an Energie und CO<sub>2</sub> sind im Bereich der öffentlichen Liegenschaften zu erschließen.

Beispielhaft wurde dies durch KEBAB für Schulen und Kindertagesstätten in Berlin ermittelt. Für 496 untersuchte Liegenschaften bei Wärme und 534 Liegenschaften bei Strom wurde ein Einsparpotenzial von 6,3 Mio. € jährlich errechnet. Hochgerechnet auf alle Schulen und Kitas Berlins beträgt das Potenzial 23 Mio. €.

## 2.3 Arbeitmarktsituation in Berlin-Brandenburg

Die Arbeitslosenquote hat sich in den vergangenen 6 Jahren kontinuierlich auf hohem Niveau gehalten. Sie beträgt jetzt – Mitte 2002 - in Brandenburg ca. 17,5 %, in Berlin bei 17 % - bezogen auf alle Erwerbspersonen. Nur im „engeren Verflechtungsbereich“ (Speckgürtel um Berlin) liegt die Quote mit 13,5 % deutlich niedriger. Das sind absolut mehr als 500.000 Arbeitslose in beiden Ländern. Die Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer hat in dem genannten Zeitraum um ca. 5 % auf 2,6 Mio. bzw. 2,3 Mio. abgenommen.

Diese Werte müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung und die Produktivität in beiden Ländern stagnieren. Sie haben sich von den Wachstums- und Produktivitätsfortschritten der westliche Bundesländer abgekoppelt, d.h. die Schere zwischen Ost und West hat sich weiter geöffnet.

Für den Wohnungsbestand in Berlin errechnen sich folgende Einsparungspotenziale:

Heizkosten: ca. 290 Mio. € jährlich  
CO<sub>2</sub>-Emissionen: ca. 1,75 Mio. t jährlich

Mit diesen Einsparungen wäre eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 24 % verbunden.

Für das Land Brandenburg erfolgte die Hochrechnung auf Grundlage der Daten der Prognos AG mit einem vergleichbaren Berechnungsansatz. Ausgangswerte waren hier Jahresenergieverbräuche von 149 kWh/m<sup>2</sup>/Jahr in Mehrfamilienhäusern und 264 kWh/m<sup>2</sup>/Jahr in Ein- und Zweifamilienhäusern. Es errechnen sich folgende Einsparungspotenziale:

Heizkosten: ca. 174 Mio. € jährlich  
CO<sub>2</sub>-Emissionen: ca. 1,04 Mio. t jährlich

Mit dieser Einsparung ist eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 30 % - 40 % verbunden. Die Einsparungspotenziale anderer öffentlicher Liegenschaften dürften sich, wie auch die zitierten Musterprojekte sowie die Recherchen der Prognos AG im Rahmen der Fortschreibung des Landesenergieprogramms Brandenburg zeigen, in ähnlichen Größenordnungen bewegen.

Auch hier sehen wir Ansatzpunkte für die Realisierung von Einsparungen durch Projekte der Initiative.

(In Brandenburg beträgt das BIP je Beschäftigten 75 %, je Einwohner 64 % vom Bundesdurchschnitt). Rückläufig ist auch die Einwohnerzahl der Region, unter anderem durch Abwanderung, was sich in einem Sinken der Kaufkraft und im Leerstand von Wohnungen bemerkbar macht. (Die Abwanderung in der Fläche Brandenburgs wird gerade eben ausgeglichen durch Zuwanderung von Berlinern in den Speckgürtel).

Der Bausektor zeichnet sich durch einen überproportional starken Rückgang der Wertschöpfung (um 10 % p.a.), der geleisteten Arbeitsstunden (sektoral z.T. über 15 % p.a.) und der Beschäftigtenzahlen (um 6,5 % p.a.) aus. In den Jahren 2000 bis 2002 betrug der jährliche Stellenverlust im Bauhauptgewerbe Brandenburgs mit jeweils ca. 5000 Beschäftigten sogar 14 %.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund des vereinigungsbedingten Baubooms der Jahre 1991 bis 1995 zu sehen. Da auch jetzt noch die Umsätze je Einwohner, die Anteile der Branche an den Beschäftigtenzahlen (14,5 % zu 7,1 %) und an der Bruttowertschöpfung höher liegen als in den Altbundesländern, ist tendenziell mit einer Fortsetzung dieses Strukturwandels zu rechnen.

Dieser kontinuierliche Schrumpfungsprozess findet seit etwa 1995 – dem Höhepunkt der Baukonjunktur – statt. Die Betriebe entlassen überwiegend ihre un- und angelernten Mitarbeiter, seit 2001 auch zunehmend qualifiziertes Stammpersonal. Zusätzlich werden komplette Belegschaften durch Konkurse und Geschäftsaufgaben arbeitslos.

Derzeit haben das Bauhauptgewerbe und die Ausbau-gewerke gemäss Jahreswirtschaftsbericht und Sozial-

## 2.4 Beschäftigungseffekte der Initiative

Im Baubereich lassen sich mit dem zusätzlichen Einsatz von 1 Mio. DM (511.000 €) 15 Personenjahre Arbeit schaffen. Aufgrund der niedrigen Löhne im Baugewerbe ist diese Zahl etwa doppelt so hoch, wie im Schnitt der Investitionsvorhaben der Regionalförderung (8,35 Personenjahre je 1 Mio. DM; bei einer Förderquote von 28 %, 30 Personenjahre je 1 Mio. Fördermittel). Bei der Begründung des bundesweiten CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierungsprogramms wurden sogar 20 Arbeitsplätze je 1 Mio. DM Nachfragevolumen angenommen. Im brandenburgischen REN-Programm wurden empirisch 14 Arbeitsplätze je 1 Mio. DM auf der Preisbasis von 1995 nachgewiesen.

Werden Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen von Arbeitsmarktinstrumenten betrieben, so ist zu berücksichtigen, dass hierbei mindestens 200 Stunden im Jahr oder 20 % der Arbeitszeit auf Qualifizierungsmaßnahmen entfallen. Außerdem ist in der Regel die Produktivität von Maßnahmenteilnehmern niedriger als die der gewerblich Beschäftigten. Dies verschiebt die Relation zwischen Mitteleinsatz und Beschäftigungseffekten sowie die Effizienz des Fördermitteleinsatzes im Hinblick auf Klimaschutzeffekte.

Für die Ermittlung der durch die „Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung“ zu realisierenden Beschäfti-

gungseffekte gehen wir von folgenden Ausgangsdaten und Annahmen aus:

- Es gibt eine bemerkenswerte Zunahme von Beschäftigten in Dienstleistungsbereichen des Grundstücks- und Immobilienwesens. Dahinter können sich z.T. handwerksähnliche Tätigkeiten verbergen, die eine Beschäftigungsalternative für einige Bauberufe darstellen.
- In den Baugewerben ist trotz Saisonabhängigkeit der Anteil der Teilzeitbeschäftigten auffällig niedrig, soweit man die Schlechtwettergeld-Regelung außer Acht lässt. Eine Erhöhung des Anteils anderer Arbeitszeitmodelle böte Gelegenheit, die Arbeitsplatzverluste der betroffenen Berufsgruppen abzufedern.

gungseffekte gehen wir von folgenden Ausgangsdaten und Annahmen aus:

Die Berliner Mitgliedsunternehmen des BBU haben im letzten Jahr 12.000 WE energetisch modernisiert. Ziel der Initiative sollte es sein, diese Zahl zu verdoppeln und dieselbe Anzahl von Wohneinheiten bei den sonstigen Wohnungseigentümern (BBU = 41 % des Wohnungsbestandes in Berlin) zu aktivieren. Für Brandenburg liegen uns keine Ist-Werte vor, wir gehen jedoch davon aus, dass sich aus den oben dargestellten Potenzialen im Wohnungsbestand durch die Initiative dieselben Effekte wie in Berlin aktivieren lassen.

Ziel ist somit die zusätzliche energetische Modernisierung von 48.000 WE/Jahr in Berlin-Brandenburg.

Die Kosten für die energetische Komplettsanierung (Heizungsoptimierung und -sanierung, Wärmedämmung, Fenstererneuerung) einer Wohnung werden mit ca. 10.500 € veranschlagt. Der Investitionsbedarf für 48.000 WE pro Jahr beträgt folglich 504 Mio. €. Damit können jährlich ca. **15.000 Personen** zusätzlich Beschäftigung finden.

Bei einer Laufzeit der Initiative über 10 Jahre können insgesamt 480.000 Wohnungen energetisch modernisiert und die errechneten Arbeitplatzeffekte verstetigt werden.

### 3 Auswertung von Musterprojekten

Für die Umsetzung der Ziele der Initiative kann auf die Erfahrung mit Projekten zurückgegriffen werden, in denen beispielhaft Maßnahmen zur Energieeinsparung und CO<sub>2</sub>-Minderung durchgeführt wurden.

#### 3.1 Musterprojekte in Berlin

##### 3.1.1 Projekt *KEBAB*

Kombination von Bauförderung, Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

**Träger:** KEBAB gGmbH

**Projektskizze:** Seit 1986 führt KEBAB Vergabe-ABM-Maßnahmen auf dem Gebiet der Wärmedämmung im Rahmen des Projektes „Qualifizierung und Beschäftigung (QUAB)“ durch. Ein speziell aus der Modernisierungsförderung des Landes bereitgestellter Zuschuss, gebunden an die Auflage zusätzlicher Beschäftigung, gibt für Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften den Anreiz zur Fassaden-Dämmung. Neben

##### 3.1.2 Komplexe Modernisierungsmaßnahmen der Genossenschaft *Mercur*

Modernisierung des gesamten Wohnungsbestandes einer Genossenschaft mit Modernisierungsförderung, Bau von Solaranlagen, begleitende Untersuchung der Energieeinspar-Effekte.

**Träger:** Wohnungsgenossenschaft MERKUR e.G.

**Projektskizze:** Der gesamte Bestand von 1.567 WE der Wohnungsgenossenschaft MERKUR wurde von 1994 bis 2001 umfassend modernisiert. Zu den Maßnahmen gehörte die Erneuerung der Fenster, die Wärmedämmung von Außenwänden, Dach, Kellerdecke, die Erneuerung der Heizung und der Bau von acht Solaranlagen zur Brauchwassererwärmung. Die Maßnahmen wurden über das Plattensanierungsprogramm der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das

Der Beispielcharakter liegt auf unterschiedlichen Ebenen, z.B. in der Kombination von Förderungswegen, dem guten Verhältnis von Aufwendungen zu Effekten etc.

der Beschäftigung erfolgt eine umfangreiche Weiterqualifizierung der Teilnehmer.

**Ergebnisse:**

- Jährlich 10 Mio. DM Zuschuss = ca. 40 Mio. DM Investitionen.
- Schaffung von ca. 400 Arbeitsplätzen im Handwerk und Einarbeitung von 120 bis 165 ABM-Kräften, fast jeder 4. Teilnehmer wurde in den 1. Arbeitsmarkt übernommen.
- 27.000 sanierte Mietwohnungen seit 1986.
- Einsparung von ca. 3.400.000 Liter Heizöl.

Programm QUAB gefördert. Die Energieeinspareffekte wurden begleitend durch KEBAB untersucht, die Heizungsverbräuche werden durch ein Ingenieurbüro laufend kontrolliert.

**Ergebnisse:**

- Erhebliche Senkung des Energieverbrauchs im Wohnungsbestand.
- Die Verbräuche wurden nahezu halbiert: von Heizspiegel Klasse E (200-250 kWh/m<sup>2</sup>/a) und D (150-200 kWh/m<sup>2</sup>/a) auf Klasse C (100-150 kWh/m<sup>2</sup>/a) und B (50-100 kWh/m<sup>2</sup>/a)
- Nur geringfügige Warmmietenerhöhung.
- Kein Leerstand.
- Imagegewinn durch Solaranlagen.

### 3.1.3 Energieeinsparung Bezirk Charlottenburg

Optimierung von Heizungsanlagen in öffentlichen Liegenschaften, Refinanzierung der Maßnahmen über kurze Amortisationszeiten

**Träger:** Bezirksamt Charlottenburg von Berlin

**Projektskizze:** Das Bezirksamt Charlottenburg hat sich – basierend auf einer Beschlusslage der BVV vom Ende der 90er Jahre - aus ökologischen und ökonomischen Gründen das Ziel gesetzt, den eigenen Energieverbrauch zu senken. Dazu wurden in fünf Liegenschaften Energiespar- und Sanierungsmaßnahmen an den Heizanlagen erfolgreich umgesetzt. Funktionsfähige Regelungen, Ventile, Komponenten etc. wurden - wo immer möglich - erhalten, allerdings neu einreguliert bzw. optimiert. Wärmeschutzmaßnahmen wurden nicht ausgeführt.

### 3.1.4 Feinanalyse und energetische Optimierung an 13 Schulen

Ingenieurtechnische Feinanalyse der Energieversorgung von 13 Schulen, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Optimierung der technischen Gebäudeausrüstung, erhebliche Energieeinsparungen und CO<sub>2</sub> – Reduzierungen bei günstigen Kosten.

**Träger:** Erzbischöfliches Ordinariat

**Projektskizze:** 13 Schulen des Erzbischöflichen Ordinariats wurden untersucht und ein Konzept für die Heizungsoptimierung und –regelung sowie die Reduzierung des Strom- und Wasserverbrauchs erstellt. Die Maßnahmen wurden in den Jahren 1997 bis 1999 durchgeführt. Die Nachhaltigkeit der Einsparungseffekte soll durch das Energiemanagement und Instandhaltungsmanagement, das einem Betreiber übertragen wurde, gesichert werden. Die Amortisationszeiten sind gering.

#### Ergebnisse:

	Rathaus	Bildungseinrichtung	Schulen	Gesamt
Jahr der Ausführung	1997	1999	2000	
Honorar für Planung	37196 €	4616 €	20038 €	<b>61850 €</b>
Baukosten	189178 €	5405 €	79250 €	<b>273833 €</b>
Gesamtkosten	226374 €	10021 €	99288 €	<b>335683 €</b>
Jährl. Einsparung	98879 €	6489 €	48397 €	<b>153765 €</b>
Amortisation (statisch) / a	2,3	1,5	2,1	<b>2,2</b>

#### Ergebnisse:

	BASIS 1997	SOLL	IST 2000
Energiekosten DM/a	1.003.006	647.908	693.531
Energieeinsparung / DM/a		355.098	309.475
Energiekosteneinsparung / a		35,4 %	30,9 %
Energiespar – Investition / DM		1.441.000	1.320.900
Energiesparamortisation / a		4,06	4,27

#### CO<sub>2</sub> Emissionen:

Die dargestellten Energieverbrauchsreduzierungen bei Strom und Wärme für die betrachteten 13 Schulen des EBO und der Kirchengemeinde tragen in nicht unerheblichem Maße zur Reduzierung der Umweltbelastung bei:

	BASIS 1997	SOLL	IST 2000
CO <sub>2</sub> -Emission t/a	2.639 t	1.403 t	1.812 t
CO <sub>2</sub> -Reduzierung t/a		1.236 t	827 t
CO <sub>2</sub> -Reduzierung / a		46,8 %	31,3 %

## 3.2 Musterprojekte in Brandenburg

### 3.2.1 Energieberatungsprojekt für kleine Kommunen

Beratungsangebot, Untersuchung organisatorischer Schwachstellen

**Träger:** Kommunale Umwelt- Aktion Niedersachsen, unterstützt durch Städte und Gemeindebund Brandenburg, Wirtschaftsministerium, ZAB

**Projektskizze:** Von 1996 bis 1999 wurde in Kommunen mit weniger als 10.000 EW ein zweistufiges Beratungsprogramm angeboten. In der ersten Stufe wurden in 29 Kommunen 163 Gebäude einer Grobanalyse unterzogen und Einsparungspotenziale von 21 bis 47 % ermit-

telt. An der zweiten Phase, der Durchführung der Maßnahmen, beteiligten sich 18 Kommunen. Die notwendigen Investitionen lagen meist zwischen 30.000 DM und 90.000 DM.

**Ergebnisse:** Im Mittel wurden 12,5 % Wärme, 0,9 % Strom und 14,7 % CO<sub>2</sub> eingespart, die Spitzenwerte lagen bei 33 % für Wärme und 23 % für Strom. Im Zuge der Beratung wurden organisatorische, personelle und finanzielle Schwachstellen festgestellt und dokumentiert.

### 3.2.2 Solaranlagen auf industriell gefertigten Wohngebäuden

Sanierung eines 11-geschossigen Hochhauses und Bau einer thermischen Solaranlage

**Träger:** Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ Potsdam e.G.

**Projektskizze:** Ein 11-geschossiges Wohnhaus mit 434 Wohnungen wurde von 1999 bis 2000 umfassend modernisiert (incl. Wärmedämmung der Außenhaut, Fenstererneuerung, Heizungserneuerung) und mit einer Solaranlage mit 409 m<sup>2</sup> Flachkollektorfläche für die Warmwasserbereitung ausgestattet. Hauptziel war die Attraktivitätssteigerung der Wohnanlage und die Sen-

kung der Heizkosten zur Sicherung der Vermietbarkeit. Die Kosten für Energiesparmaßnahmen betragen ca. 22 % der Baukosten, die der Solaranlage ca. 2 %. Die Anlage wird permanent auf Funktion kontrolliert. Die Maßnahmen wurden mit einer Förderung durch Landesmittel durchgeführt.

#### **Ergebnisse:**

- Kein Leerstand.
- Senkung der Heizkosten um 50 %.
- Hohe Identifikation der Bewohner mit ihrer Wohnanlage.

## 3.3 Schlussfolgerungen für die Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung

Aus den dargestellten Musterprojekten lassen sich Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Initiative ableiten, die Grundlage für die Entwicklung von Projektideen sein können:

- Energiesparende Maßnahmen werden für den Investor insbesondere dann attraktiv, wenn er ohnehin Maßnahmen am Gebäude durchführen muss und sich die Maßnahmen mit seinen Investitionszielen bei vertretbaren Mehrkosten verbinden lassen.
- Im Wohnungsbau ist das Hauptziel die Sicherung der Vermietbarkeit der Wohnungen. Die Senkung der Heizkosten und die Attraktivitätssteigerung der Wohnanlage tragen dazu bei. Die hierfür notwendigen Maßnahmen sind je nach Modernisierungsstand unterschiedlich, oft umfangreich. Je größer der Maßnahmenumfang insgesamt je größer ist die Bereitschaft, Energiesparmaßnahmen durchzuführen.
- Bei öffentlichen Gebäuden können schon mit geringinvestiven Maßnahmen zur Optimierung der Heizungsanlage erhebliche Effekte erzielt werden. Durch die Senkung der Bewirtschaftungskosten sind die Kosten relativ kurzfristig refinanzierbar.
- Umfassende Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbau sind meist durch ein Förderungsangebot initiiert worden.
- Die Kombination von Förderungsschienen ist ein Weg, um bei knappen Kassen eine Projektfinanzierung zu ermöglichen.
- Je besser die Verfügungsberechtigten über Möglichkeiten der Energieeinsparung informiert sind, desto leichter fällt die Investitionsentscheidung.
- Eine Erfolgskontrolle nach Fertigstellung und eine Überprüfung im laufenden Betrieb ist zur Sicherung der Nachhaltigkeit von Energiesparmaßnahmen dringend notwendig.

## 4 Finanzierung und Förderung

Neben der Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen und der Entwicklung von Projektideen ist die Sicherung der Finanzierung von Energiesparmaßnahmen einer der wichtigsten Eckpfeiler für den Erfolg der Initiative. Dabei ist als Anreiz zur Erleichterung von Investitionsentscheidungen der Einsatz von Förderung unumgänglich. Wegen der derzeit herrschenden Finanzknappheit in beiden Ländern sollten zunächst bestehende Förderungsprogramme eingesetzt und die Möglichkeiten einer Kombination und eines an den Zielen der Initiative orientierten gezielten Einsatzes der

Mittel untersucht werden. In Frage kommen dabei sowohl Landesprogramme wie auch Bundesprogramme der Bau- und Arbeitsförderung ebenso wie die Darlehensprogramme der KfW sowie der Landesbanken und die Programme der Wirtschaftsförderung und die EU – Förderungsprogramme (EFRE, ESF).

Die hier dargestellte Auswahl von Finanzierungsquellen kann im Rahmen der Initiative weiter ergänzt werden. Ein optimaler Einsatz von Eigenmitteln und Förderung muss jeweils auf das Projekt bezogen abgestimmt und festgelegt werden.

### 4.1 Förderung für den Gebäudebestand in Berlin.

Die **Modernisierungsförderung des Landes** wurde im Jahr 2002 als Folge der Haushaltseinsparungen fast gänzlich eingestellt. Lediglich das Programm „QUAB“, das eine der Grundlagen für das Projekt KEBAB darstellt, ist derzeit gesichert, einige Überhangprojekte aus dem Vorjahr werden fortgeführt. Eine **Darlehensförde-**

**rung aus Eigenmitteln der Investitionsbank Berlin**, mit der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, beispielsweise zur Energieeinsparung und Schadstoffentlastung der Luft, durchgeführt werden können, kann nur bedingt Ersatz schaffen.

### 4.2 Förderung für den Gebäudebestand in Brandenburg

Schwerpunkt der **Programme für den Gebäudebestand in Brandenburg** ist die Umsetzung der Sanierungs- und Städtebaupolitik des Landes. Maßnahmen zur Energieeinsparung sind ein Förderungsziel sowohl im Rahmen der Mod.-Inst.-Richtlinie wie in der Städtebauförderung und in der Förderung selbstgenutzten Wohneigentums. Da umfassende Sanierungsmaßnahmen gefördert werden, sind in Abhängigkeit von der jeweiligen Planung hohe Einsparungseffekte möglich.

Im Rahmen der z. Zt. überarbeiteten Mod.-Inst.-RL sind in 2002 68,0 Mio. € für die Sanierung von 2.490 WE

vorgesehen, für 2003 wurden 57,7 Mio. € für die Sanierung von 2.026 WE bereitgestellt. Die Förderung erfolgt in Form von Darlehen und kann unter bestimmten Voraussetzungen ergänzt werden durch einen Zuschuss zur Spitzenfinanzierung in Sanierungsgebieten.

Das Programm Stadtumbau Ost, das zum Ziel die Anpassung der Wohnungsbestände in den neuen Ländern an den Bevölkerungsrückgang und den Strukturwandel hat, sieht neben Abrissmaßnahmen auch die Aufwertung der verbleibenden Wohnungsbestände vor. Hierzu gehört auch die energetische Sanierung.

### 4.3 Kreditprogramme der KfW

Die **Kreditprogramme der KfW** sind bundesweit einsetzbar, es handelt sich um Darlehens-Förderungen mit verbilligten Zinsen, die den Marktkonditionen angepasst werden. Die Programme sind dort einsetzbar, wo eine reine Zinsförderung den Finanzierungsmöglichkeiten der Bauherren entspricht. Für Projekte der Initiative einsetzbar sind vor allem das Wohnraum-Modernisierungsprogramm, das Programm zur CO<sub>2</sub>-Minderung und das 100.000 Dächer Solarstrom-Programm / Sonderprogramm Photovoltaik sowie das **CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierungsprogramm**.

Dieses Programm wurde auf Vorschlag des DGB als ein Ergebnis des Bündnisses für Arbeit und Umwelt durch die Bundesregierung initiiert. Bis 2005 werden 2 Mrd. DM an Fördermitteln eingesetzt, woraus ein Kreditvolumen von 10 Mrd. generiert werden soll. Ziel ist die energetische Sanierung von 300 000 WE pro Jahr und die Schaffung von 200.000 Arbeitsplätzen. Gefördert werden umfangreiche Maßnahmen zu Energieeinsparung im Altbaubestand, 3 Maßnahmenpakete mit definiertem Maßnahmenumfang oder Nachweis eines Einspareffektes von 40 kg CO<sub>2</sub>/m<sup>2</sup> WFL/Jahr.

#### 4.4 Förderungsprogramme der EU

Die Strukturfonds der Europäischen Union EFRE und ESF stellen Förderungsmittel für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt zur Verfügung. Die Inanspruchnahme dieser Gelder ist bisher zögerlich (z.B. Stand der Mittelbindung im Ziel-1-Programm in Berlin 2000-2006 zum 31.03.02: 9,1 % des indikativen Solls).

Eine Befragung im Rahmen eines Monitorings zur Inanspruchnahme und Akzeptanz von Umweltförderpro-

#### 4.5 Sponsoring durch die Bauindustrie

Mit Unterstützung von Sponsoren aus der Bauindustrie können Musterprojekte durchgeführt werden, die geeignet sind Produkte in der Praxis zu erproben und werbewirksam bekannt zu machen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das 3-Liter-Haus in der Altbaumodernisierung, das im Rahmen der Revitalisierung einer Siedlung der LUWOG in Ludwigshafen, einem Unteneh-

#### 4.6 Förderung Arbeit

Zur Beeinflussung des Arbeitsmarktes stehen prinzipiell eine Reihe unterschiedlicher Eingriffsmöglichkeiten zur Verfügung.

Wo am Arbeitsmarkt Nachfrage besteht kann Ungelernten oder Berufsabbrechern durch Qualifizierung und Vergabe-ABM der Eintritt in das Arbeitsleben ermöglicht werden. Einem Mangel an Ausbildungsplätzen kann mit überbetrieblichen Ausbildungswerken begegnet werden.

In vom Strukturwandel betroffenen Regionen oder Branchen können Beschäftigungsgesellschaften Anpassungsqualifikationen vermitteln und den Prozess beruflicher Neuorientierung organisieren.

Mit der **Neufassung des Sozialgesetzbuches** – seit 1.1.2002 in Kraft – und dem Job-AQTIV-Gesetz bieten sich einige nützliche, neue Elemente wie die Zusammenfassung von ABM und SAM, obligatorische Qualifizierungsanteile (20 %), Maßnahmen und Qualifizierung im Vorfeld drohender Arbeitslosigkeit zur Arbeitsplatzsicherung (bis 10 % der Mittel) und eine stärkere Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt. Ein Möglichkeit für

grammen (UEP), durchgeführt durch die ISA-Consult in Berlin ergab, dass trotz eines steigenden Interesses von Betrieben an Umweltschutzmaßnahmen die Möglichkeiten der Förderung nicht bekannt sind und nicht in Anspruch genommen werden. Ein Hinderungsgrund ist auch das komplizierte und langwierige Antragsverfahren.

men der BASF GmbH, realisiert wurde. Als Sponsoren in Frage kommen z.B. Dämmstoff- und Fensterhersteller sowie Produzenten von Heizkesseln. Auch Zuschüsse von Stadtwerken bzw. Energieversorgungsunternehmen können ein Baustein in einem Finanzierungskonzept sein.

Projekte der Initiative bietet auch die „Ko“-Finanzierung von 25 % der Investition bei kommunalen Infrastrukturinvestitionen (BSI = Beschäftigung schaffende Infrastruktur).

Das **Landesprogramm (LAPRO) „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“** stellt eine breite Plattform für sowohl konventionelle als auch innovative Maßnahmen dar. Es gliedert sich in 4 Hauptgruppen:

- Berufliche Ausbildung (BAB),
- Integration (INT),
- Prävention (PRÄV)
- Innovation (INO).

Bemerkenswert ist die Struktur und Vielfalt der Möglichkeiten der INNOPUNKT-Programme, ggf. hinderlich ihre Einbettung in jährliche Wettbewerbsverfahren.

Zur Unterstützung von Qualifizierung wird bei der LASA und in fünf regionalen Weiterbildungsberatungsstellen die Weiterbildungsdatenbank („I+B“) bereitgestellt. In dieser sind alle Bildungsträger mit ihren 12.000 Bildungsangeboten gelistet.



## 4.7 Vorschläge und Forderungen

Die Umsetzung der energiepolitischen Ziele des Landes Berlin wird ohne Einsatz von Fördermitteln kaum zu erreichen sein. Der **Anreiz zur Energieeinsparung** könnte z.B. durch einen zweckgebundenen Zuschuss als Ergänzung zu den Darlehensprogrammen von IBB und KfW angeregt werden. Für die Weiterführung erfolgreicher Programme wie QUAB ist der Erhalt der entsprechenden Förderung unabdingbar.

Die **Mod.-Inst. Förderung des Landes Brandenburg** ermöglicht umfassende energetische Modernisierungsmaßnahmen, ist jedoch durch das Jahresvolumen begrenzt. Die hier praktizierte Kombination von KfW-Darlehen mit Landesmitteln sollte in Form stärkerer Anreize weiter ausgebaut werden.

Der Einsatz von Geldern aus **EU-Strukturfonds** für die Ziele der Initiative sollte näher untersucht werden. Die Abstimmung von Möglichkeiten zur Erleichterung des Zugangs und zur besseren Information der potenziellen Förderungsnehmer kann ein Projekt im Rahmen der Initiative sein.

Mit der **Bauindustrie** sollten gezielte Gespräche über ein **Sponsoring** zur Durchführung von Modellprojekten geführt werden.

Das **CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm der KfW** ist inhaltlich auf die Ziele der Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung zugeschnitten und finanziell gut ausgestattet. Die Statistiken der KfW zeigen jedoch, dass das Programm bisher in Berlin und Brandenburg nur zögerlich angenommen wird. Gründe hierfür können sein:

- Zuschnitt auf den Bedarf von Einfamilienhaus-Besitzern, die in Brandenburg zwar ein erhebliches Potenzial darstellen, offensichtlich aber noch nicht erreicht werden konnten.
- Reine Zinsförderung, die aufgrund des Erreichens der Beleihungsgrenzen nicht besichert werden kann.
- Die Maßnahmenpakete entsprechen nicht den Erfordernissen.
- Der Einsparungsnachweis ist schwer zu führen.
- Bei bereits erfolgter Teil-Modernisierung greift das Programm nicht mehr (betrifft einen Großteil des Wohnungsbestandes, insbesondere Plattenbauten, in den neuen Ländern)

Eine Anpassung der Konditionen an die Bedürfnisse der Region ist eines der Ziele der Initiative. Hierzu folgende Vorschläge:

- Ergänzung durch ein Zuschussprogramm der Länder, ähnlich der „Spitzenfinanzierung“ zum Mod.-Inst.-Programm Brandenburg, um einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen.
- Auflegen an den Bedarf angepasster Maßnahmenpakete.
- Erfolgskontrolle zum Nachweis der Nachhaltigkeit der Maßnahmen.
- Verbesserung des Beratungsangebots an Eigentümer, Planer, Bauwirtschaft.
- Auflegen eines speziellen Beratungsangebots für Einfamilienhausbesitzer in Brandenburg.
- Ggf. Kombination mit Zuschüssen seitens der Bauindustrie oder der Energieversorger.
- Einsatz flankierender Instrumente zur Qualifizierung und Qualitätssicherung.

Das Problem der Besicherung von Krediten, eine der größten Hemmschwellen für weitere Investitionen in den Gebäudebestand kann sicher nur durch spezielle Vereinbarungen mit den Banken und Absicherung durch geeignete Bürgschaften gelöst werden.

Für die **Arbeitsförderung** stellt sich die Aufgabe, den Einsatz der bekannten und erprobten Instrumente zu optimieren und sie durch neue Projektideen der Initiative miteinander zu verknüpfen. Vergabe-ABM verbunden mit fachlicher Qualifizierung und sozialer Betreuung ist solch ein Modell (Beispiel das Projekt QUAB der KEBAB gGmbH). Ein weiteres Modell – näherungsweise im ADAPT-Projekt Teilzeitplus getestet - ist die Kopplung von Unternehmensberatung und Qualifizierung des Personals, die von schwachen Unternehmen nur durch eine Entlastung der Schlüsselpersonen und Lohnzuschüsse bewältigt werden kann.

Im Sinne der Effizienz des Fördermitteleinsatzes und jeder öffentlichen Vergabe wäre es wünschenswert, ähnlich wie bei Vergabe-ABM die Zuwendung bzw. Vergabe an den Nachweis besonderer Befähigungsnachweise oder die Teilnahme an noch einzurichtende Qualitätssicherungsverfahren zu binden. Die Instrumente müssen allerdings so ausgestattet werden, dass sich der zusätzliche Aufwand für die Beteiligten lohnt, bzw.

unter Wettbewerbsgesichtspunkten die Teilnahme attraktiv wird. Auf der anderen Seite muss es selbstverständlicher werden, dass spezielle Arbeiten besonderer Befähigungsnachweise oder Zusatzqualifikationen bedürfen.

Im Detail kann das z.B. heißen:

- Die Vergabe-ABM ist auch an eine Qualifizierung des Stammpersonals mit Bildungsgutscheinen zu knüpfen.
- Dem Unternehmen den zusätzlichen Organisationsaufwand durch Stützungs- und Entlastungsmaßnahmen bei den Betriebsinhabern zu ermöglichen.
- Dem beauftragenden Kunden die Investition durch z.B. Spitzenförderung, Bürgschaften zu ermöglichen.
- Die Effizienz der Mittelausreichung und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen durch Qualitätswettbewerbe und Kooperationsmodelle anzuheben.

- Vorbildfunktionen durch begleitende PR-Arbeit („Schaustelle“) wirksam werden lassen.

Die im Rahmen der Initiative zu entwickelnden Projektideen sollen nicht vorrangig auf öffentliche Beschäftigungs- oder Konjunkturprogramme sondern auf die Entwicklung neuer Angebote in privaten/gewerblichen Märkten abzielen.

Es sollen nicht vorrangig ABM oder SAM-Projekte geschaffen werden, sondern

- die Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt stabilisiert und entwickelt werden,
- die Zukunftsfähigkeit der Betriebe und ihrer Mitarbeiter entwickelt werden,
- eine aktive und zielgerichtete Gestaltung des unvermeidlichen Strukturwandels bewerkstelligt werden.

## 5 Bisherige Aktivitäten und Ergebnisse der Initiative

### 5.1 Kontakte mit Bündnispartnern

Erste Kontakte mit einigen der unter 1.0 aufgeführten möglichen Partner der Initiative gab es auf der unter 5.2 dargestellten Veranstaltung im Rahmen der Berliner Energietage. Die Resonanz war dabei insgesamt positiv.

Auf das Anschreiben des Berlin-Brandenburger DGB-Vorsitzenden Dieter Scholz gab es Reaktionen seitens des BBU, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, der die Initiative unterstützen will,

sowie seitens der Baukammer, die ebenfalls zu konkreten Gesprächen bereit ist. Die IG Bau wird die Mitwirkung an der Initiative im Rahmen einer Vorstandssitzung erörtern.

Mit weiteren Partnern muss noch einmal gezielt Kontakt aufgenommen werden, um deren Beiträge in Vorbereitung eines Gründungstreffens der Initiative abstimmen zu können. Aufgrund der Ferienzeit war dies in den Sommermonaten nicht möglich.

### 5.2 Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit

#### 5.2.1 Veranstaltung auf den Berliner Energietagen am 15. Mai 2002

Im Rahmen einer Veranstaltung auf den Berliner Energietagen im Mai 2002 wird die Initiative in Form von Impulsreferaten und einer Podiumsdiskussion unter Beteiligung mehrerer Partner der Öffentlichkeit vorgestellt. Als Referenten konnten Dr. Werner Schneider (DGB Bundesvorstand) und Dieter Scholz (DGB Landesverband Berlin-Brandenburg) gewonnen werden. Von Seiten des Verein Energie und Arbeit referierten Dr. Lutz Mez und Margit Gustiné. Die anschließende Podiumsdiskussion wurde zusätzlich bestritten von Fr. Margret

Schlüter (Staatssekretärin Land Brandenburg), H. Siegfried Rehberg, (BBU) H. Waldemar Schmidt (Innung Heizungs-Klimatechnik), Dr. Martin Peters (IHK Berlin)

Besucher der Veranstaltung waren Behörden- und Hochschulangehörige, Vertreter von Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden, von Weiterbildungseinrichtungen und lokalen Agenda-21-Gruppen, sowie Architekten und Ingenieure. Interessante Impulse und Kontakte für die weitere Arbeit ergaben sich aus der Podiumsdiskussion.

#### 5.2.2 Parlamentarischer Abend

Bei den Berliner Energietagen erhielten wir von einem ehemaligen MdA die Anregung, zur Information der Landespolitiker einen parlamentarischen Abend sowohl für das Berliner Abgeordnetenhaus als auch für den Brandenburger Landtag zu veranstalten. Dies konnte allerdings nicht mehr – wie beabsichtigt – vor den Haushaltsberatungen und der Sommerpause realisiert werden. Dazu erwies sich der Abstimmungsbedarf auf terminlicher, organisatorischer und inhaltlicher Ebene als zu umfangreich.

Ziel des parlamentarischen Abends ist es, Politiker der verschiedenen Ausschüsse gemeinsam zu erreichen, um die Initiative über die einzelnen Ressorts hinaus abzusichern. Im Land Brandenburg kommt dazu die Intention, Information in die Regionen, in die Wahlkreise hineinzutragen, um den Boden für lokale Projekte vorzubereiten.

Es ist beabsichtigt, in der zweiten Jahreshälfte eine parlamentarischen Abend vorzubereiten – wenn das in personeller und finanzieller Hinsicht darstellbar ist.

#### 5.2.3 Berliner Innovations-Kreis der IG Metall

Es bestehen langjährige Kontakte zum Innovations-Kreis der IG-Metall. Auf einem Treffen dieses Kreises am 22.3.02 wurde ein Vortrag über die Technik, Organisation, betriebliche und volkswirtschaftliche Auswirkungen von Energiesparprojekten gehalten. Die organi-

satorische und politische Struktur der Initiative konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgestellt werden, da die Abstimmung mit dem DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg noch im Prozess war.

Sinn dieses Vortrages war einerseits, die Struktur der Projektideen vor einem fachkundigen Publikum zur Diskussion zu stellen, und andererseits einen Teil der notwendigen zukünftigen Kooperationspartner für eine Projektentwicklung aus den unterschiedlichsten Organisationen und Arbeitszusammenhängen für die Initiative zu interessieren.

#### **5.2.4 Seminar in der Uckermark**

Am 19.4.02 wurden Teile der Projektideen und der Kooperationsvorstellungen auf einem Seminar in der Uckermark vorgetragen – ebenfalls unter Ausklammerung der organisatorische und politische Struktur der Initiative. Hiermit sollten die Ideen in einer strukturschwachen, randständigen Region getestet werden. Andererseits konnte hier ausführlich mit den anderen Referenten - für die Regionalentwicklung wichtigen Personen – und einem Ministeriumsvertreter diskutiert werden.

Ergänzt wurde diese Diskussion um die Bedingungen der Nutzung regenerativer Energieressourcen im lokalwirtschaftlichen Kontext. Die zu berücksichtigenden Be-

#### **5.2.5 Vorstellung bei der LAG Energie Berlin/Brandenburg**

Am 26.6.02 wurde die Initiative auf dem Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Energie vorgestellt. Über diese Parteiveranstaltung von Bündnis90/Grüne werden (mangels anderer Foren) inhaltlich auch Teile der SPD und Parteilose erreicht. Aufgrund der Zusammensetzung und der sehr unterschiedlichen Interessen ergaben sich bei der anschließenden Diskussion sehr heterogene Fragestellungen an Hintergrund und Realisierung der Initiative.

Als innovativ wurde eingeschätzt, das die Initiative nicht vorrangig auf staatliches Geld setzt. Von Landesseite sollten Hilfestellungen für Bürgschaften erwartet wer-

### **5.3 Aktivitäten zur Initiierung von Projekten**

Ein zentraler Punkt für die Umsetzung der Initiative ist die Entwicklung und das Aufgreifen von Projektideen. Die Projekte werden in eine Projektdatei aufgenommen auf deren Grundlage die Vernetzung von Projektidee,

#### **5.3.1 Vorgehensweise und Kontakte**

Neben der Plattform der Initiativpartner wird durch die Initiative ein Netzwerk von Kooperationspartnern auf der Projektebene aufgebaut, das Grundlage ist für die

Über den Berliner Innovations-Kreis und seinen Organisator Udo Blum soll die Verbindung zur IG-Metall und insbesondere ein Zugang zu deren Bundesvorstand gepflegt werden. Und die Initiative ist auf der Ebene der Projektentwicklung und der Organisation auf Rat von dieser Seite angewiesen.

lange der Grossschutzgebiete, der Tourismus- und Dorfentwicklung, sollen Impuls und Motivation für eine interdisziplinäre Projektstruktur liefern und möglichst in andere vergleichbare Regionen übertragbar sein.

Es wurde deutlich, dass die Realisierung von Projekten mit einer ausgeprägt zähflüssige Sitzungskultur sowie einer Tendenz zu häufigen Restrukturierungen und Kompetenzverlagerungen bei insgesamt kurzatmiger Aktions- und Finanzierungskonzeption (Strukturelle Konzeptlosigkeit) zu kämpfen haben wird.

Eine Folgeveranstaltung für die Planungsregion Barnim-Uckermark wird derzeit vorbereitet.

den. Eine "Kümmerereinrichtung" oder Regiegruppe wird für notwendig gehalten. Die Bezahlung der "Kümmerer" könnte durch Mittel des Landesamtes für Regiearbeiten erfolgen. Die Initiative wird auch vor dem Hintergrund des laufende Stadtumbauprogramms der Bundesregierung begrüßt, das derzeit die Konzeptentwicklung in den Kommunen fördert. Bei den dann folgenden Maßnahmen - notwendige Abrisse in Verbindung mit Aufwertungen der verbleibenden Gebäude und betroffenen Gebiete – soll rationellen und effizienten Energiesparmassnahmen Beachtung verschafft werden.

möglichen Trägern und Akteuren und die Entwicklung von Finanzierungsstrategien erfolgen kann. Die Initiative hat hier die Aufgabe zu koordinieren und zusammenzuführen.

Entwicklung und Weiterleitung von Projektideen, Kooperationsangeboten, Finanzierungsvorschlägen, fachlichen Anregungen etc.

Hierfür werden Kontakte geknüpft und gepflegt mit Personen, Firmen und Institutionen, die in der Lage sind selber einen Beitrag zu Projekten zu leisten oder Informationen zu liefern und weiterzuleiten.

Initiatoren und Träger von Projekten können die Mitglieder der Initiativpartner sein (z.B. Wohnungsunternehmen, Architekten, Gewerkschafter, Handwerksbetriebe), aber auch Kommunen, lokale Initiativen, Bildungsträger, Fachleute aus Wirtschaft und Verwaltung etc.

Auch die Projekte der Initiative können eine große Bandbreite aufweisen. So sollen konkrete Vorhaben zur

Energetischen Modernisierung von Wohngebäuden und öffentlichen Liegenschaften ebenso angegangen werden wie Maßnahmen zur Beratung, Weiterbildung und Qualitätssicherung und die Entwicklung neuer Berufsbilder und Beschäftigungsstrategien.

Die unter 5.3.2 dargestellte Tabelle zeigt eine erste Auswahl von Projektideen mit unterschiedlichen Ständen der Konkretisierung. In Kooperation mit den Initiativpartnern und Akteuren aus dem Netzwerk können die noch offenen Positionen in der Datei ergänzt werden und die Projekte zur Durchführungsreife gebracht werden.

### **5.3.2 Projektdatei**

Nr	Projekt	Träger	Inhalte Kurzcharakteristik	Ziele
1	Qualitäts-Sicherung bei Fenstereinbau		Vermittlung handwerklicher Techniken zum qualitätsoptimierten Einbau von Fenstern	Vermeidung von Wärmebrücken und Bauschäden Verbesserung der Berufschancen für die Beteiligten
2	BSI-KW-Agentur	KEBAB, Bezirke	Identifizieren von möglichen BSI-Vorhaben in Bezirken, Vorbereitung und Planung	sinnvoller Einsatz von BSI-Mitteln zur Energieeinsparung an öffentlichen Gebäuden, Beschäftigung von Mitarbeitern im Überhang
3	3-Liter-Haus Brandenburg	Wohnungswirtschaft, Bauindustrie	Modellprojekt 3-Liter-Haus in der Modernisierung	Erprobung innovativer Techniken und Materialien, energiesparende Modernisierung
4	Energetische Modernisierung FEZ	Land Berlin	Einsatz energiesparender Techniken bei der Erneuerung der Energieversorgung des Freizeitentrums FEZ	dauerhafte Energieeinsparung, Einsparung von laufenden Haushaltsmitteln, Schaffung von Arbeitsplätzen
5	Personal-Assistent für Kleinbetriebe		Unterstützung von KMU durch betriebswirtschaftliche Fachkräfte	Verbesserung der Betriebsstrukturen Ermöglichung von Innovation, Qualifizierung und flexiblen Arbeitszeitmodellen
6	Senior-Experten im Handwerk	Fachgemeinschaften	ältere Handwerker vermitteln traditionelle Techniken	Tradierung gediegener Handwerkstechniken, umweltgerechtes Bauen und Denkmalschutz
7	neue Arbeitsfelder für Altgesellen		Aufbauqualifizierung mit Schwerpunkt Energieeinsparung statt Umschulung und Berufswechsel	Implementierung moderner Technologien mittels Stammebelegschaften
8	Qualifizierung zur Energetischen Sanierung von Heizanlagen		Qualifizierung, Qualitätsmanagement und Innovation	energiesparende Sanierung bestehender Heizanlagen, Verbesserung der Qualifikation von Heizungsbauern
9	Vermittlung von Informations- und Messtechnik		Aufbauqualifizierung Messen und Dokumentieren, insbes. im Bereich Energie	Implementierung moderner Technologien, Dokumentation von Ausführungsdetails, Energieverbräuchen und Emissionen
10	Gründachinitiative		Kampagne für Begrünung in der Flachdachsanierung	Verbesserung des Stadtklimas, dauerhafte Flachdachsanierung und Energieeinsparung
11	Initiative Holzfeuerung		Einführung von Holzheizkesseln und Aufbau einer lokalen Holzwirtschaft	Nutzung regenerativer Energiequellen, Aufbau lokaler Wirtschaftsstrukturen

Ort Region	Sparte Branche	Beteiligte	Zeitraum Dauer	Kosten	Finanzierung	Nr
Berlin	Tischler Bauindustrie	LAA, Innungs-Fachschule, Fensterindustrie	in Schwachlastzeiten		Bildungsgutscheine, Sponsoring Bauindustrie, LAA	1
Marzahn, Zehlendorf	öffentliche Verwaltung	Bedienstete im Überhang, Bezirke, Kommunen		zusätzliche Kosten marginal	bestehende Haushaltstitel, Regiestelle durch LAA	2
Brandenburg	alle Baubranchen	Wohnungswirtschaft, Bauindustrie, Bauhandwerk			Eigenmittel des Bauherrn, Mod-Inst. Förderung, Unterstützung durch Bauindustrie	3
FEZ Berlin	alle Baubranchen, insbesondere HKS	Land Berlin, Fachingenieure, Bauhandwerk			Landesmittel (refinanziert über Einsparungen), ggf. EFRE	4
Brandenburg, Berlin	kleine Betriebe des Bauhaupt- und Nebengewerbes	freigesetzte Betriebswirte aus Banken, sozialen Einrichtungen			LAA, Job-AQTIV	5
Brandenburg Berlin	ausführende Betriebe des Bauhaupt- und Nebengewerbes	Altgesellen und Junghandwerker	in Schwachlastzeiten		LAA, TZ-Plus, Versicherungsträger	6
Brandenburg Berlin	Ausbaugewerke, insb. HKL	Altgesellen und junge Techniker mit Behinderungen			LAA, TZ-Plus, Industrie, Versicherungsträger, Qualifizierungsgutscheine	7
Brandenburg Berlin	HKL-Betriebe	alle Berufsgruppen im Heizungsbau			RKW, LAA, TZ-Plus, Job-Rotation, Qualifizierungsgutscheine	8
Brandenburg Berlin	HKL-, Sanitär-, Trockenbau-Betriebe	Gesellen, Techniker			RKW, LAA, Job-Rotation, Qualifizierungsgutscheine	9
großflächige Flachdächer in Berlin und Brandenburg	Dachdecker, Gartenbau	Bauherren, Dachdecker			Qualifizierungsgutscheine UEP, Industrie, Bauherren	10
ländlicher Raum Brandenburg	Heizungsbau, Forst- und Landwirtschaft	Bauherren in Inselanlagen, Heizungsbauer, Forstwirtschaft			EFRE, Modellregion, Verbände	11

## 6 Weitere Schritte zur Umsetzung der Initiative

Die nächsten Schritte zur Umsetzung der Initiative sind:

- Offizielle Gründung der Initiative und Abstimmung der Beiträge der Initiativpartner
- Weiterführung der Aktivitäten zur Initiierung von Projekten
- Bekannt machen der Initiative durch weitere Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Weiterführung der Arbeiten ist die organisatorische und finanziel-

le Absicherung von Akteuren, die diese Schritte initiieren und koordinieren. Als ein Beitrag wurde die Bereitstellung einer Regiestelle zur Konkretisierung von Projekten im Rahmen des 1 % Experimentierfonds des Landesarbeitsamtes diskutiert. Weitere Finanzierungsquellen müssen erschlossen werden. Ein personeller Einsatz ist auch weiterhin durch den DGB Berlin-Brandenburg zu leisten, damit die Initiative zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt werden kann.



## Quellenverzeichnis

- ADAPT-News. Bonn: 2001 Diverse Ausgaben
- BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.: Jahresbericht 2000/2001. Berlin: 2001.
- BBU-Marktmonitor 2001: Der Immobilienmarkt Berlin-Brandenburg 2001. Wohnimmobilien. Berlin: 2001.
- Bundesanstalt für Arbeit, Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg: Strukturmerkmale der Arbeitslosen. Berlin: 2001.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Das ändert sich zum 1. Januar 2002 im Arbeitsförderungsrecht. Bonn 2001.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin-Bonn: Diverse Ausgaben.
- DGB Technologieberatung e.V. Berlin Brandenburg: Gründung eines Beratungs- und Qualifizierungs-Fonds für das Berliner Handwerk. Projektskizze. Berlin: 2001.
- Energiestrategie 2010, Der energiepolitische Handlungsrahmen des Landes Brandenburg bis zum Jahr 2010. Ein Bericht der Landesregierung. Potsdam: 2002. <http://www.zab-brandenburg.de/862.html>
- Erzbistum Berlin, Erzbischöfliches Ordinariat (EBO) & edl GmbH: Ergebnisbericht. Energiespar- und Betriebsführungsprojekt. 13 Schulen des Erzbischöflichen Ordinariats und 1 Kirchengemeinde im Erzbistum Berlin. Berlin: 2001.
- Europäische Kommission (Hg.): Lernnetze. Kleine Unternehmen arbeiten zusammen, um im Wettbewerb zu bestehen. Reihe Innovation Nr. 10. Luxemburg 2000.
- Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V. (GdW): Bündnis für Wohnen, Arbeit und sozialen Frieden in Deutschland. Papier 5. Köln 1996.
- Hildebrandt, Eckart: Telefonat am 24.1.2002 zur Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie.
- Hildebrandt, Eckart: Zur Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit als Rahmen für die Einordnung des Projekts combishare. In: ADAPT Publikation Teilzeitplus, hrsg. von der Unterstützungsstelle ADAPT der Bundesanstalt für Arbeit, o.O., 2001, S. 45-58.
- ISA Consult: Dokumentation der Fachtagung *Begleitung und Bewertung der EU-Strukturfonds aus Sicht der Wirtschafts- und Sozialpartner*. Berlin: 2001.
- KEBAB gGmbH: Berliner Einsparpotenziale Wohngebäude, Schulen, Kita 1999. Berlin: 2002.
- KEBAB gGmbH: Faltblatt „Vergabe am Bau“. Berlin: 2001.
- Kurzziel, Markus (DENA): Telefonat am 13.08.2002 zur Kooperation im Arbeitsbereich erneuerbare Energien.
- Land Berlin, Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen: Betriebspanel Berlin. Ergebnisse der fünften Welle. Berlin: 2000.
- Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg (LASA): „brandaktuell“ Nr. 12 / 2001 und folgende. <http://www.lasa-brandenburg.de/brandakt/index.htm>.
- Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg (LASA): Landesprogramm 2002 – Gesamtübersicht
- Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg (LASA): Weiterbildungs-Datenbank (<http://www.lasa-brandenburg.de/lasa.htm>)
- Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg (LASA): BSI – Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung. Praxishilfe Nr.12. Potsdam: 2002
- Landesregierung Brandenburg: Operationelles Programm Brandenburg. Förderperiode 2000 - 2006. Potsdam: 29.12.2000.
- Landtag Brandenburg: Bericht der Landesregierung zum Stand der Rationellen Energieverwendung (Energiemanagement) in den Liegenschaften der kreisfreien Städte, der Ämter und Gemeinden. Drucksache 3/3588
- Metzger, Petra und Neckermann, Jürgen: Umsetzung von Energiesparmaßnahmen an Beispielen aus dem Stadtbezirk Charlottenburg. Berlin: 2001.
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen: Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“. Potsdam 2001. <http://www.brandenburg.de/land/masgf/arbeit/landprog/inhver.htm>
- Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg: Jahreswirtschaftsbericht Brandenburg 2001. Potsdam: September 2001.

- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg: Energiekonzept für das Land Brandenburg. Potsdam: Mai 1996.
- Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg: Ergebnisbericht 2000 zum Förderprogramm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen“ (REN – Programm), Potsdam: 2001
- Prognos AG: Gutachten zur Fortschreibung des Energiekonzeptes des Landes Brandenburg. Abschlussbericht. Berlin: 2001.
- Regionetz GmbH: Region@. Telematisch gestützte Regionalentwicklung. München-Berlin: 5/2000
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Ergänzendes Programmplanungsdokument zum einheitlichen Programmplanungsdokument für die Interventionen der Europäischen Strukturfonds in Berlin (Ziel2). Berlin: 18.04.2002.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Ergänzendes Programmplanungsdokument zum Operationellen Programm für die Interventionen der Europäischen Strukturfonds in Berlin (Ziel1). Berlin: 21.12.2001.
- SPD & PDS: Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS für die Legislaturperiode 2001 – 2006. Berlin: 2001.  
[http://www.berlin.spd.de/servlet/PB/show/1006552/koa2002\\_gesamt.pdf](http://www.berlin.spd.de/servlet/PB/show/1006552/koa2002_gesamt.pdf)
- SPD Landesverband Brandenburg, CDU Landesverband Brandenburg: Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 3. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 1999 bis 2004. Potsdam: 1999.  
<http://www.brandenburg.de/spd-fraktion/wir/koalitionsvertrag.htm>
- Statistisches Landesamt Berlin: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1991 – 2000 und folgende ([www.lids-bb.de/](http://www.lids-bb.de/))
- Statistisches Landesamt Berlin: Gebäude- und Wohnungszählung in Berlin-Ost 1995. Heft 4 „Erhaltungszustand von Gebäuden“. Sonderheft 478. Berlin: 1999
- Unterstützungsstelle ADAPT der Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): Unternehmensnetzwerke und regionale Netzwerke. Chancen für Beschäftigung und Umweltschutz. Bonn: 2001.
- Unterstützungsstelle ADAPT der Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): Teilzeitplus. Erfahrungen des Projekts combishare. Bonn: 2001.